

Die Ursachen des verbotenen Handels

Der „Schleichhandel“, dessen gewerbsmäßiger Betrieb durch eine neue Bundesratsverordnung unter schwere Freiheitsstrafen gestellt worden ist, gehört zu den denkwürdigsten Erscheinungen der deutschen Kriegswirtschaft. Ihr Bild wäre unvollständig, wenn man neben den mannigfaltigen Graden staatlicher Bewirtschaftung nicht auch die überaus mannigfaltigen Formen der Umgehung dieser staatlichen Maßnahmen und Vorschriften betrachtet, die unter jenem Begriff zusammengefaßt werden. Daß mehr als hunderttausend Personen als Händler auf diese Weise tätig sind, ist von amtlicher Seite ausgesprochen worden. Die Besitzer von Gasthöfen und Gastwirtschaften haben ohne Umschreibung erklärt, daß sie ohne die Hilfe des Schleichhandels keinen rentablen Betrieb aufrecht erhalten können. Daß sehr breite Kreise, auch der traditionell als minderbemittelt bezeichneten Schichten, sich an der Versorgung mit Lebensmitteln unter Umgehung der Kriegsvorschriften beteiligen, bedarf keines Beweises. Es zeigt sich, daß die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung, auch wo sie in der Form der gesetzlichen Verordnung auftreten, doch nicht immer auf die unbedingte Anerkennung ihrer bindenden Kraft bei der Wirtschaftsgemeinschaft rechnen können.

Die Ursachen dieses erstaunlichen Phänomens werden von den Anklägern und den Verteidigern des Schleichhandels auf dem gleichen Felde gesucht. Die einen führen die Erschütterung der Gesetzesautorität auf den wirtschaftlichen Egoismus der ländlichen Bevölkerung zurück, die man zur Ablieferung der Lebensmittel nur dann veranlassen könne, wenn man ihre Abneigung gegen die kriegssozialistischen Maßnahmen der Regierung benutze und ihnen höhere Preise als die vom Staat erlaubten zahle. Die anderen weisen auf die Vermögensunterschiede der städtischen Verbraucherschaft hin, die bei längerer Kriegsdauer jedes schematische System gleichmäßiger Rationierung notwendig sprengen müßten. Beide Parteien sind, wenn wir von der moralistischen Färbung ihrer Argumente absehen und uns auf die Darstellung des Tatbestandes beschränken, durchaus darin einig, daß die Macht von Angebot und Nachfrage hinreicht, um die Durchbrechung des kriegswirtschaftlichen Systems als Massenphänomen verständlich zu machen und die phantastischen Preise zu erklären, die im Schleichhandel gang und gäbe sind.

Jene Rechnungen genügen indessen nicht. Handelte es sich nur um die Wirkung bestehender Vermögensdifferenzen, so würde der Ausdehnung des Schleichhandels und der Steigerung der Preise sehr bald eine nur schwer zu verschiebende Grenze gezogen sein. Die Kaufkraft der begüterten Schichten war in ihrem Vorkriegsstande auch in ihrer Summe schwerlich groß genug, um eine Nachfrage zu erzeugen, die das Gebäude der Kriegsernährungswirtschaft in seinen Fundamenten hätte erschüttern können; das Einkommen der minderbemittelten Schichten bot damals überhaupt keine Reserve, die als Massennachfrage auf den geheimen Märkten des verbotenen Handels hätte wirksam werden können. Während des Krieges haben die Einschränkungen des Verbrauchs und die Verminderung der gewerblichen Produktion nicht-unbedeutliche Mengen von Kaufkraft freigesetzt. Aber diese Mengen können nicht ausreichen, einen so großen Schleichhandelsumsatz, wie wir ihn jetzt feststellen müssen, zu sprunghaft steigenden Preisen entstehen zu lassen. Nur eine st o ß w e i s e E r h ö h u n g v o n M a s s e n e i n k o m m e n, denen keine entsprechende Kaufkraftverminderung anderer Bevölkerungsschichten parallel geht, wäre imstande, Umfang und Tempo dieses Geheimhandels zu erklären.

Dieses Ergebnis einer abstrakten Ursachenrechnung wird

sehr glücklich durch eine stereotype Beobachtung gestützt, die sowohl von Freunden wie von Feinden des Kriegssozialismus gemacht und wiederholt ausgesprochen worden ist: nicht die Käufe von besagten Kommunen und einzelnen Städtern sind im Schleichhandel führend, sondern der nachhaltigste Anstoß geht von den Aufkäufern der großen industriellen Werke aus, die ihre Arbeiterchaft stärker mit Lebensmitteln zu versorgen wünschen müssen, als es innerhalb des staatlichen Rationierungssystems möglich ist. Diese Aufkäufer haben zunächst versucht, das System der zentralisierten Einfuhr aus dem Ausland zu durchbrechen. Sie sind dann zum systematischen Einkauf bei der heimischen Landwirtschaft übergegangen und sind hier zu Schrittmachern der kommunalen Schleichhandelskäufe geworden. Ermöglicht wurde diese Tätigkeit durch die Kriegsgewinne der Industrie, die zum Teil auf den Umfang der Heereslieferungen, zum Teil auf die anscheinend nicht immer rigorose Preispolitik der mit der Regelung der Heereslieferungen betrauten Stellen zurückzuführen sind.

Aber die Preise, die der Rüstungsindustrie im engeren und weiteren Sinne gezahlt werden, sind seit vielen Monaten keine Angaben in der Presse genannt worden. Es liegen aber Anzeichen dafür vor, daß etwa seit dem Herbst des Jahres 1916, vermutlich im Zusammenhang mit der sich damals einsetzenden Verstärkung unserer Kriegsbedarfsproduktion, die Preisfurte steiler in die Höhe geschneilt ist als in den ersten 2 1/2 Kriegsjahren. Die monatlichen Kriegsausgaben, die noch Mitte 1916 2 Milliarden betragen hatten, sind seitdem auf 3 750 Milliarden heraufgeschneilt. Man darf annehmen, daß diese Erhöhung um mehr als 85 % im Verlauf von 1 1/2 Jahren nicht nur der Menge, sondern auch den Preisen der Heereslieferungen zugeschrieben werden muß. Gerade das Jahr 1917 aber hat, obgleich die Ernteergebnisse durchaus nicht ungünstiger waren als im Jahre vorher, eine rapide Steigerung der Preise und eine phantastische Vermehrung der Umsätze im verbotenen Handel gebracht.

Nun würde eine Vermehrung der Kriegsgewinne, für die Entwicklung der Preise wenigstens, gleichgültig sein, wenn dieses Mehr an Kaufkraft gleichzeitig auf eine andere Weise, etwa durch Besteuerung, dem Konsum zwangsläufig entzogen würde. Hier aber ist festzustellen, daß gerade das Jahr 1917 eine unvergleichlich stärkere Inflation gebracht hat als die früheren Kriegsjahre. Es betrug am Ende des Jahres (in Mill. M.)

	Goldbestand der Reichsbank	Umlauf an Reichsbanknoten	Umlauf an Darlehns- kassenscheinen	Giroguthaben b. d. Reichsbank
1913	1 170,0	2 593,4	—	793,1
1914	2 092,8	5 045,9	445,8	1 756,9
1915	2 445,2	6 918,0	972,2	2 395,0
1916	2 520,5	8 054,4	2 873,0	4 564,2
1917	2 406,6	11 467,8	6 384,8	8 050,4

Zuwachs 1916 gegen 1913	+ 1 350,5	+ 5 461,3	+ 2 873,0	+ 3 771,1
Jahresdurchschnitt	+ 450,1	+ 1 820,4	+ 957,7	+ 1 257,0
Zuwachs 1917 gegen 1916	+ 113,9	+ 3 413,1	+ 3 511,8	+ 3 486,2

Aus dieser Übersicht ist zu ersehen, daß der Umlauf unserer notalen Zahlungsmittel (Reichskassenscheine und metallisches Geld fallen numerisch nicht mehr ins Gewicht) sich 1917 um mehr als 60 %, nämlich um 6,9 auf 17,9 Milliarden, der Bestand der Giroguthaben bei der Reichsbank um über 75 %, nämlich von 4,6 auf 8 Milliarden erhöht hat. Im Jahresdurchschnitt der drei ersten Kriegsjahre betrug die Vermehrung bei den notalen Zahlungsmitteln 1,8 und 1 Milliarde. Der Abstand

